



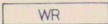







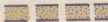



TEIL B - TEXT:

1. In den Gebieten WR 03 I  dürfen nur Wohngebäude mit nicht mehr als zwei Wohnungen errichtet werden.
2. Gemäß § 31 (1) BBauG können Ausnahmen von der Erschließung über Geh-, Fahr- und Leitungsrechte zugelassen werden, wenn die Erschließung in anderer Form über benachbarte Grundstücke nachgewiesen werden kann.
3. Die übrigen textlichen Festsetzungen des B-Planes Nr. 6 bleiben unverändert.


ZEICHENERKLÄRUNG:

PLANZEICHEN ERLÄUTERUNG RECHTSGRUNDLAGE







I. FESTSETZUNGEN

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches	§ 9 (7) BBauG
	ART DER BAULICHEN NUTZUNG Reines Wohngebiet	§ 9 (1) 1 BBauG § 3 BauNVO
	MASS DER BAULICHEN NUTZUNG Geschosflächenzahl	§ 9 (1) 1 BBauG § 20 BauNVO
0,4	Grundflächenzahl	§ 19 BauNVO
I	Zahl der Vollgeschosse (als Höchstgrenze)	§ 18 BauNVO
	BAUWEISE offene Bauweise nur Einzelhäuser zulässig	§ 9 (1) 2 BBauG § 22 BauNVO § 23 BauNVO
	Baugrenze	§ 9 (1) 5 BBauG
	RICHTUNGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF Flächen für Gemeinbedarf	
	Kirche	
	sozialen Zwecken dienendes Gebäude -Kindergarten-	
	Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind	§ 9 (1) 10 BBauG
	Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen	§ 9 (1) 21 BBauG
	zu erhaltende Bäume	§ 9 (1) 25 b BBauG
	Abgrenzung sonstiger unterschiedlicher Festsetzungen	
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung	§ 16 (5) BauNVO

II. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

 LANDSCHAFTSSCHUTZ § 9 (6) BBauG

III. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER

	vorhandene bauliche Anlagen	 nicht mehr vorhandene bauliche Anlagen
	vorhandene Grundstücksgrenzen	
	geplante Grundstücksgrenzen	
	künftig fortfallende Grundstücksgrenzen	
690	Flurstücksbezeichnung	
	Erholungsschutzstreifen gem. § 40 Landschaftspflegegesetz	

Aufgrund des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 26. APR. 1984 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 6, 1. Änderung für das Gebiet östlich „Wassenkamp“, westlich und östlich „Alte Landstraße“ und südlich „Bei den rauhen Bergen“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen:

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 2.2.1981 10.11.1983

Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im Stormarner Tageblatt und in der Ahrensburger Zeitung am 29.12.83 erfolgt.



Großhansdorf, den 24.09.1984

1. stellvert. Bürgermeister

Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 2a Abs. 2 BBauG 1976/1979 ist vom 18.5.1981 bis zum 18.6.1981 nach vorheriger Bekanntgabe durch öffentliche Auslegung durchgeführt worden.



Großhansdorf, den 24.09.1984

1. stellvert. Bürgermeister

Bürgermeister

Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 22.11.83 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.



Großhansdorf, den 24.09.1984

1. stellvert. Bürgermeister

Die Gemeindevertretung hat am 10.11.83 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.



Großhansdorf, den 24.09.1984

4. stellvert. Bürgermeister

Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 5.12.83 bis zum 4.1.84 während

folgender Zeiten der Dienstzeit öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 24.11.83

im Stormarner Tageblatt ortsüblich bekanntgemacht worden.



Großhansdorf, den 24.09.1984

1. stellvert. Bürgermeister

Der katastermäßige Bestand am **24. AUG. 1984** sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt. **Bad Oldesloe, d. 17. SEP. 1984**

Bad Oldesloe, den *Pedell*
Reg. Verm. Direktor
Oberreg. Vermessungsrat

Die Gemeindevertretung hat über die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie über die Stellungnahmen am **26.04.84** entschieden. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Großhansdorf, den **24.09.1984**
1. stellvert. Bürgermeister *[Signature]*

Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am **26.04.84** von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen.

Großhansdorf, den **24.09.1984**
1. stellvert. Bürgermeister *[Signature]*

Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß der Gemeindevertretung vom **26.04.1984** gebilligt.

Die Genehmigung dieser Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung des Landrats des Kreises Stormarn vom **2. NOV. 1984**

Bad Oldesloe, den **02. NOV. 1984**
(Dr. Becker - Birck)
Landrat *[Signature]*

Az. **6113-64.043CG-1** mit Auflagen und Hinweisen erteilt.

Die Auflagen wurden durch satzungsändernden Beschluß der Gemeindevertretung vom **26.04.84** erfüllt, die Hinweise sind beachtet. Die Auf-
lagenerfüllung wurde mit Verfügung des Landrats des Kreises Stormarn vom **26.04.84** Az. **6113-64.043CG-1** bestätigt.

Großhansdorf, den **17.12.84**
Bürgermeister *[Signature]*

Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.

Großhansdorf, den **17.12.84**
Bürgermeister *[Signature]*

Die Genehmigung des Bebauungsplanes sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann, sind am **06.12.84** ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen (§ 155 a Abs. 4 BBauG) sowie auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 c BBauG) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am **07.12.84** rechtsverbindlich geworden.

Großhansdorf, den **17.12.84**
Bürgermeister *[Signature]*